

Frau Pipke erklärt, dass der Stellenplan seitens der CDU-Fraktion positiv gesehen wird. Besonders hervorzuheben ist, dass Möglichkeiten geschaffen werden, ausscheidende Mitarbeiter überlappend zu ersetzen sowie eine eigene Stelle für die Bearbeitung der Regionale 2025 ausgewiesen wird. Bezüglich des Hinweises, dass für den allgemeinen Ordnungsdienst keine zusätzlichen Stellen ausgewiesen werden, möchte sie wissen, wer die Aufgaben, z.B. nächtliche Ruhestörungen, die bisher von der Polizei wahrgenommen werden, zukünftig erledigen soll.

Herr Dr. Storch erwidert, dass am heutigen Tage eine Sitzung des Arbeitskreises Polizei/Ordnungsbehörde, an der er teilgenommen hat, stattfand. Eine endgültige Lösung gibt es zwar noch nicht, aber es ist angedacht, dass mehrere Kommunen zusammenarbeiten, um in Nächten, insbesondere an Wochenenden im Sommer, Ruhestörungen zu bearbeiten, um die Polizei zu entlasten. Dienstherr wird nicht die Gemeinde Eitorf sein, sondern eine größere Kommune oder der Rhein-Sieg-Kreis. Die Gemeinde wird jedoch im Rahmen einer öffentlich rechtlichen Vereinbarung finanziell beteiligt. Unabhängig von diesem Ordnungsdienst wird im Sommer wieder eine Citystreife eingesetzt, die schon durch ihr Auftreten für Beruhigung sorgt.

Auf Frage von Frau Pipke, was passiert, wenn die eingesetzten Mitarbeiter bereits in Windeck tätig sind und nicht sofort kommen können oder es zu Ruhestörungen in der Woche kommt, antwortet Herr Dr. Storch, dass die Polizei zuständig ist, wenn die Ordnungsbehörde nicht erreichbar ist. Es gibt keine Vorschrift, nach der die Ordnungsbehörde ständig erreichbar sein muss. Die Polizei ist mit der vorgesehen Entlastung zufrieden. Weiter muss man noch abwarten, wie sich das Modell in der Praxis bewährt und ggfls. noch Änderungen vornehmen.

Herr Thienel erklärt, dass die SPD-Fraktion den Stellenplan in vielen Bereichen positiv sieht. Allerdings sollten die Beschäftigungsverhältnisse der Schulsozialarbeiter unbefristet fortgeführt werden. Aus ihrer Sicht hätte der Rat die Möglichkeit, mit einem entsprechenden Beschluss die Schulsozialarbeit aus dem freiwilligen Bereich herauszunehmen. Weiter sind aus ihrer Sicht die Stellenanteile für die Stelle Sekretärin an der Sekundarschule bei 440 Schüler zu gering bemessen. Er bittet zu prüfen, ob eine Stundenerhöhung möglich ist.

Herr Derscheid erwidert, dass die Zahl der Schüler für die Stundenbemessung entscheidend sei. Obwohl die Zeiten pro Schüler in der Sekundarschule etwas geringer sind als im Gymnasium wurden beide Sekretariate im Verhältnis zu den Schülerzahlen gleich ausgestattet. Die Stunden sind zwar nicht gut, aber ausreichend für die von einer Schulsekretärin zu erledigenden Aufgaben bemessen.

Herr Thienel sieht hier trotzdem Bedarf, da die Sekretärin aufgrund ihrer Stundenzahl mittags nach Hause geht und das Büro dann nicht mehr besetzt ist.

Auch Frau Zorlu sieht Handlungsbedarf. Aus ihrer Sicht scheint die Schulsekretärin zeitlich überlastet zu sein, da sie sehr häufig zum Stundenabbau freinimmt. An solchen Tagen übernehmen die Schulsozialarbeiterinnen den Telefondienst.

Herr Utsch erklärt, dass die Erhöhung der Zahl der Planstellen um 9,45 doch erheblich ist. Nicht zu diskutieren brauche man über die vielen kleinen Änderungen, die neuen Stellen Regionale 2025, Personalbereich und Digitalisierung der Verwaltung. Nicht verständlich aus seiner Sicht ist die Berechnung der fast 6 zusätzlichen Stellen für den Betrieb des Hermann-Weber-Bades nach der Eröffnung.

Herr Derscheid verweist auf das von den politischen Gremien zu Kenntnis genommene neue Bad-Konzept. Auf dieser Basis wurde unter Berücksichtigung der gesetzlichen und tariflichen Vorschriften der neue Bedarf ermittelt. Das im Stellenplan ausgewiesene ist mit Null ergibt sich daraus, dass aktuell noch keine neuen Beschäftigten eingestellt sind. Der Stellenzuwachs gegenüber 2017, als 3,5 Stellen für Fachkräfte, 1,29 Stellen für Reinigung/Kasse und 0,40 Stellen für die Beckenaufsicht ausgewiesen waren, ist nicht im Stellenplan 2018 ersichtlich, sondern ergibt sich aus der Vorlage oder einem direkten Vergleich der Pläne 2017/2018.

Herr Sterzenbach ergänzt, mit diesem Plan werden die nach gesetzlichen Vorschriften notwendige Entflechtung der Beckenaufsicht von anderen Tätigkeiten sowie die Einhaltung der tariflichen Vorschriften im Soll gesichert. Vorbehalten bleiben noch die genauen Öffnungszeiten und die Frage, inwieweit man die Kasse im Mischbetrieb mit einem Kassenautomaten betreiben kann.

Herr Dr. Storch weist daraufhin, dass der Stellenplan nur einen Rahmen vorgibt. In wie weit alles vollständig besetzt wird, hängt von den Öffnungszeiten und vor allem von den Gesprächen mit der Kommunalaufsicht ab. Zusätzliche Kosten aufgrund der Einhaltung gesetzlicher Vorgaben oder für den Bereich Schulsport werden mitgetragen. Zusätzliche Kosten im Freiwilligenbereich werden kritisch hinterfragt werden. Die Verwaltung bittet um Zustimmung, um bei Eröffnung des Bades handlungsfähig zu sein. Der Ausschuss kann aber auch sicher sein, dass Einstellungen nur im notwendigen Rahmen vorgenommen werden.

Herr Thienel hält es für schwierig, das Bad mit dem vorgesehenen Personal täglich zu öffnen. Er bittet um Mitteilung, wie hoch der Anteil von Ehrenamtlern ist.

Herr Derscheid erwidert, dass nach Berechnungen des Fachamtes tägliche Öffnungszeiten im 2-Schichtbetrieb möglich sind.

Herr Sterzenbach ergänzt, dass die nach Verträgen zu leistenden Aufsichtsstunden bei der Ermittlung des Stellenbedarfs berücksichtigt sind.

Auf Frage von Frau Pipke, ob es nicht sinnvoller ist, die Stelle Regionale eine Entgeltgruppe höher auszuweisen, um eine größere Bewerberzahl anzusprechen, erwidert Herr Derscheid, dass alle neuen Stellen zur Bewertung der KGSt vorliegen. Ausschreibungen werden entsprechend den Ergebnissen erfolgen. Da der Beschäftigte Anspruch auf Eingruppierung entsprechend den Tätigkeitsmerkmalen hat, führen höhere Stellenwerte nicht zu rechtlichen Problemen.

Auf Fragen von Herrn Reisbitzen und Frau Pipke teilt Herr Dr. Storch mit, dass die Stelle des Leiters des Bauhofes nicht neu besetzt ist. Die Aufgaben aus dieser Stelle wurden auf mehrere Beschäftigte verteilt.